

NEUMÜNSTER

VALERIE

LUISE

KONSTANTIN

RECHENSCHAFTSBERICHTE

2015/2016



Liebe Freundinnen und Freunde,

die Themen Asyl, Integration und neue Grenzkontrollen, der Umgang mit „Hate Speech“ im Internet, der zu beobachtende gesellschaftliche Rechtsruck und das Erstarken der AfD, die derzeitige Diskussion um die Satirefreiheit und § 103 StGB, das Thema Whistleblowing und die Veröffentlichung der „Panama-Papers“, die Kölner Silvesternacht und neue „Sicherheitspakete“ angesichts einer realen terroristischen Bedrohung sowie Erfolge vor dem Bundesverfassungsgericht – Debatten über diese aktuellen Entwicklungen haben die letzten Monate geprägt.

Als Grüne haben wir vor Ort und in den Parlamenten für besonnene, zugleich klare, rechtsstaatliche Antworten gestritten: Im Sinne einer offenen Gesellschaft, einer lebendigen Demokratie und einem gefestigten wie freiheitlichen Rechtsstaat. Menschenwürde und Bürgerrechte sind angesichts unserer Geschichte gerade in einer unübersichtlicheren Gegenwart von überragender Bedeutung, sei es für Menschen auf der Flucht oder für unsere Debattenkultur in sozialen Netzwerken. Es gilt daher für uns Grüne, nicht vor Not und Konflikten zu verzagen, sondern mit demokratischem Selbstbewusstsein, guten Konzepten und einem klaren rechtsstaatlichen Kompass gemeinsam nach wirksamen politischen Lösungen aus den Krisen unserer Zeit zu suchen.

Als Koordinator des AK III der grünen Bundestagsfraktion (Innen-, Rechts-, Asyl-, Integrations-, Religions-, Sport-, Verbraucher-, Netz- und Gesellschaftspolitik) habe ich mich auch im vergangenen Jahr für diesen grünen politischen Weg mit zahlreichen parlamentarischen Initiativen und Reden, im Geheimdienst-Untersuchungsausschuss, auf Podien und Veranstaltungen bei Euch vor Ort eingesetzt.

Von der derzeitigen Asyl- über die Atom- bis zur Verkehrspolitik – Entscheidungen des Deutschen Bundestages berühren immer die Bundesländer, auch uns in Schleswig-Holstein. Daher war ich auch im vergangenen Jahr zu vielen Gesprächen und Diskussionen im ganzen Norden unterwegs – oftmals auch mit anderen Kolleginnen und Kollegen aus der Grünen Bundestagsfraktion. Genauso war es mir wichtig, Willkommensbündnisse und Geflüchtete aus Schleswig-Holstein ins politische Berlin einzuladen. Nicht nur im Bundestag, sondern auch vor Ort unterstütze ich den Protest der Anrainer und Beltretter gegen die feste Belt-Querung. Mit der Grünen Jugend, zahlreichen Schülergruppen sowie in einem Projekt grüner Trainees debattierte ich zu digitalen Bürgerrechten und hakte in Sachen Krümmel-Rückbau und Bundesverkehrswegeplan immer wieder kritisch nach.

Aktuell freue ich mich sehr über ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum BKA -Gesetz, das unserer Klage gegen unverhältnismäßige Überwachungsmaßnahmen in weiten Teilen stattgab – eine Klatsche für die Bundesregierung und schöner Erfolg für Rechtsstaat und Bürgerrechte!

In die Zukunft blickend freue ich mich auf unsere „Grün verbindet“-Radtour entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs: Mit Grünen von Lübeck bis Lauenburg unterstützen wir in diesem Sommer radelnd unseren mecklenburg-vorpommerischen Nachbar-Landesverband bei der so wichtigen Landtagswahl. Über meine Arbeit versuche ich möglichst tagesaktuell auf meiner Homepage von-notz.de, unserem grünen Blog gruen-digital.de mit meinem Newsletter und unseren Kurzberichten über die wichtigsten Initiativen der laufenden Sitzungswochen zu informieren. Kontaktiert mich gerne jederzeit persönlich, über meine Büros, auf Twitter oder Facebook. Ich freue mich auf die weitere Arbeit für und mit Euch!

Euer Konstantin

Sicherheitsdebatte nach Kölner Silvesternacht und Pariser Anschlägen

Bedrohungen, Raub und sexualisierte Gewalt gegen Frauen wie in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten sind erschreckende Taten. Doch eine herbeigeredete Staatskrise und die Instrumentalisierungsversuche von Rechtspopulisten und Law and Order-Verfechter sind ebenso absurd wie kontraproduktiv. Ein starker Rechtsstaat und eine lebendige Zivilgesellschaft sind die besten Garanten für ein friedliches Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft.

Mehr dazu hier: <http://gruenlink.de/15i6>.

Die Anschläge in Paris haben uns auf schreckliche Weise die Verletzlichkeit unserer offenen, demokratischen Gesellschaft vor Augen geführt. Sie zielten auf uns alle, auf unsere Werte, unsere Lebensart und nicht zuletzt unsere Lebensfreude. In verschiedenen Beschlüssen haben wir uns für eine Stärkung von Polizei und Sicherheitsbehörden ausgesprochen, gleichzeitig aber klargemacht, dass die notwendige europäische Zusammenarbeit auf klaren rechtlichen Grundlagen geschehen muss.

Demokratie gegen die AfD verteidigen

Die AfD schwimmt derzeit auf der Welle rechtspopulistischer Strömungen, die überall in Europa in beängstigendem Maße erstarken. Ihre jüngsten Erfolge sind auch das Resultat einer ausbleibenden, entschlossenen Abgrenzung durch die Große Koalition. Viel zu lang hat man Verständnis für „besorgte Bürger“, die längst von Rechtsextremen unterwandert waren gezeigt und die harte demokratische Auseinandersetzung mit der AfD gescheut. Teile der GroKo haben dabei geholfen, rechtspopulistische Positionen wieder hoffähig zu machen. Gerade angesichts einer zunehmenden europäischen Vernetzung wird es in den nächsten Monaten an uns liegen, klarzumachen, dass die Alternative für Deutschland keine Alternative ist – zumindest nicht für Demokratinnen und Demokraten. In einem Antrag, den wir zum Parteitag vorgelegt haben, gegen wir auf die derzeitigen Bedrohungen für unsere Demokratie ein und machen klar, dass wir uns auch weiterhin mit aller Entschlossenheit Rechtspopulisten und –extremisten entgegenstellen werden. Mehr dazu: <http://gruenlink.de/15iz>



Bundesregierung darf Augen vor „Hate Speech“ nicht verschließen

Drohungen und Hetze sind an der Tagesordnung im Netz. Seit langem fordern wir die Bundesregierung

auf, hierauf zu reagieren und die Anbieter an die geltenden gesetzlichen Regelungen zu erinnern. Sie hat das Problem viel zu lange ignoriert – während zugleich die rechte Gewalt gegen Flüchtlinge und Andersdenkende eskaliert. Einen Plan verfolgt sie, das haben die Antworten auf eine Kleine Anfrage von mir gezeigt, noch immer nicht. Sie muss endlich dafür sorgen, dass die Verantwortlichen, ob nun in der Fußgängerzone oder im Online-Forum, konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Anbieter müssen strafbare Inhalte rascher löschen. Mehr dazu: <http://gruenlink.de/15il>.

Geheimdienste nach NSU & NSA: Weiter so statt Neustart?

Die Untersuchungsausschüsse zu NSU-Terror & NSA-Überwachung haben massive Missstände bei den Sicherheitsbehörden aufgezeigt. Noch ist die Aufklärung in vollen Zügen, dennoch ist jetzt schon klar: Für die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Freiheitsrechten braucht es eine grundlegende Reform der Sicherheitsarchitektur. Wir brauchen dringend rechtliche Klarstellungen was die Befugnisse der Dienste im Digitalen und die parlamentarische Kontrolle der Arbeit angeht. Hierzu haben wir gerade aktuelle Vorschläge vorgelegt und werden in Richtung Bundesregierung auch weiterhin darauf drängen, dass rechtlichen Klarstellungen und Konsequenzen aus immer neuen Veröffentlichungen auch tatsächlich gezogen werden. Hier ein Artikel zu unserer jüngsten Initiative: <http://gruenlink.de/15ig>

EU-Datenschutzreform: Meilenstein für Grundrechtsschutz & Rechtssicherheit

Auch Dank der hervorragenden Arbeit von Jan Philipp als grünem Berichterstatter im Europäischen Parlament hat man sich soeben den Durchbruch in Sachen EU-Datenschutzreform erzielt. Künftig gelten hohe Datenschutzstandards in allen 28 Mitgliedsländern und für alle Firmen, die ihre Dienste innerhalb der EU anbieten. Das ist ein Meilenstein. Der Grundrechtsschutz von 500 Millionen Europäerinnen und Europäern wird gestärkt und gleichzeitig die Rechtssicherheit für Unternehmen erhöht. Die Bundesregierung hat in den Verhandlungen eine alles andere als rühmliche Rolle gespielt. Sie versuchte über Jahre die Reform zu verwässern und stellte Grundsätze des Datenschutzes offen in Frage. Hiergegen haben wir uns immer gewehrt, auch durch die Vorlage mehrerer Initiativen im Bundestag. Nun kommt es darauf an, die EU-Vorgaben in bundesdeutsches Recht umzusetzen und rund 200 Gesetze zu ändern – eine wahre Mammutaufgabe, der wir uns stellen werden. Hier findet Ihr eine Übersicht unserer Aktivitäten zur EU-Datenschutzreform. <http://gruenlink.de/15ij>.

Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht:

Gerade hat das Bundesverfassungsgericht unserer Klage gegen das großkoalitionäre BKA-Gesetz in weiten Teilen entsprochen. Das ist ein toller Erfolg für Rechtsstaat und Demokratie. Die Klage wird Auswirkungen auf andere Klagen haben. Derzeit sind wir, angesichts einer großen Koalition, die ein verfassungsrechtlich fragwürdiges Vorhaben nach dem anderen beschließt, sehr häufig in Karlsruhe. So klagen wir derzeit in verschiedenen Verfahren gegen die Bundesregierung, die nicht nur die Aufklärung im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Überwachungs- und Geheimdienstaffäre verhindert, sondern die Befugnisse der Geheimdienste weiter ausbaut und mittlerweile ganze Bereiche der Sicherheitspolitik der Kontrolle durch das Parlament zu entziehen versucht. So klagen wir unter anderem auch gegen die pauschale Weigerung der Bundesregierung, dem Parlament zu sagen, ob im Umfeld des Münchner Oktoberfestattentats V-Leute tätig waren. Auch gegen die Neuauflage der Vorratsdatenspeicherung ziehen wir, nachdem wir die letzte Vorratsdatenspeicherung dort schon zu Fall gebracht haben, erneut nach Karlsruhe. Auf gruen-digital.de finden sich mehr als 250 Artikeln zu diesem Thema, das uns seit Jahren beschäftigt und auch weiter beschäftigen wird.

Gastbeiträge zu verschiedenen innen- und netzpolitischen Themen

Immer wieder schreibe ich für verschiedene Zeitungen und Fachmagazine Gastbeiträge, um die ich gebeten werde. Die Honorare spende ich in vollem Umfang an Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich der Bürgerrechte wie zum Beispiel dem Chaos Computer Club oder den Journalistinnen und Journalisten von netzpolitik.org, die jede Woche aus unserem Untersuchungsausschuss live berichten und in diesem Jahr durch die „Landesverrats-Affäre“ einige Bekanntheit erlangten. Hier findet Ihr eine Übersicht über die letzten von mir verfassten Gastbeiträge: <http://gruenlink.de/15if>.



Liebe Freundinnen und Freunde,

die letzten Monate im Bundestag waren sehr stark geprägt von der Flüchtlingsthematik. Manch einer hat vielleicht sogar den Eindruck bekommen, dass es quasi das Einzige war, womit sich das politische Berlin und der Bundestag beschäftigt haben. Dem ist natürlich nicht so. Als Obfrau im Verkehrsausschuss und als Mitglied im parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung standen für mich vor allem die UN-Gipfel zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz und Verkehrspolitik im Mittelpunkt.

Entscheidende Gipfel

Zum Ende des vergangenen Jahres wurden bei UN-Gipfeln entscheidende Weichen gestellt. Im September wurden die globalen Nachhaltigkeitsziele (sustainable development goals, SDG) beschlossen, die die bisherigen Entwicklungsziele (millennium development goals, MDG) nicht nur ablösen, sondern revolutionieren: Zum ersten Mal hat sich die Staatengemeinschaft auf globale Ziele geeinigt, die für alle Staaten gleichermaßen gelten. Ziel ist eine nachhaltige Welt. Für Deutschland gibt es damit einiges zu tun. Denn obwohl wir zu den wirtschaftlich stärksten und reichsten Ländern zählen, ist vieles auch bei uns wenig nachhaltig. Unsere Fraktion hat deswegen zu jedem Nachhaltigkeitsziel der UN Forderungen aufgestellt, die wir umsetzen müssen – denn auch bei uns sind Veränderungen notwendig. Hintergründe und unsere Anträge zu den Zielen findet ihr hier:

<http://gruenlink.de/15fn> Die Umsetzung der SDG in Deutschland muss nun konsequent und umfassend vorangetrieben werden. Was dazu passieren muss, haben wir in einem Antrag festgehalten: <http://gruenlink.de/15fo> Wer hätte noch damit gerechnet? Nach katastrophalen und ergebnislosen Gipfeln hatten so viele befürchtet, dass sich die Welt niemals auf Ziele zum Klimaschutz verständigen könnte. Und dann kam Paris im Dezember. Am Ende stand ein Abkommen, das alle unterzeichnet haben. Unsere Fraktion machte daraufhin konkrete Vorschläge in der Weimarer Erklärung zum Klimaschutz wie das Abkommen konkret umgesetzt werden muss, denn auch hier gilt: In Deutschland muss sich einiges verändern, sonst werden wir die so ambitioniert wie notwendigen Ziele nie erreichen. Hier die Weimarer [Erklärung zum Klimaschutz](#)

Verkehrspolitik der Bundesregierung nicht zeitgemäß

Leider ist die Bundesregierung in einem der Hauptbereiche zum Klimaschutz abgetaucht. Die Verkehrspolitik von Alexander Dobrindt ist nicht darauf angelegt, einen Weg zu mehr Klimaschutz zu gehen. Statt dessen verschleiern er die Hintergründe des Abgasskandals bei VW und taucht im größten Skandal der deutschen Automobilgeschichte einfach ab. Während die Suche nach den Verantwortlichen des Diesel-Skandals im Verkehrsministerium nur sehr schleppend läuft, entwickelt man dort außerordentliche Kreativität, wenn es darum geht zu verschleiern und Fragen nicht zu beantworten. Auch der Bundesverkehrswegeplan zeigt keinen Weg, wie sich unsere Mobilität entwickeln muss, damit wir deutlich weniger klimaschädliche Treibhausgase ausstoßen. Auf meine Initiative hin hat die Fraktion ein Konzept beschlossen, wie der veraltete Bundesverkehrswegeplan zu einem zukunfts-

fähigen Bundesnetzplan weiter entwickelt werden kann: <http://gruenlink.de/11z5> Denn Deutschland braucht einen neuen, grünen Ansatz in der Mobilitätsplanung: Die Konzentration auf die wirklich wichtigen, zentralen Routen; Vernetzung von Auto, Schiene, Schifffahrt, öffentlichem Nahverkehr, Rad- und Fußweg sowie Erhalt vor Neubau und ein Ende der Geldverschwendung. Nach jetzigem Stand hat das Ministerium sehr schlampig gearbeitet: Ein Teil der Schienenstrecken wurde noch gar nicht bewertet und der Bundesrechnungshof hat zentrale Berechnungsgrundlagen bemängelt. Mindestens für das nächste halbe Jahr besteht jetzt meine Hauptaufgabe darin, die Projektentwürfe des Ministers kritisch zu prüfen, wobei mehr als fraglich ist, ob sich die Koalition auf eine Neuausrichtung einlässt. Der jetzige Ablauf sieht vor, dass nach dem Ende der Bürgerbeteiligung Anfang Mai das Kabinett den Entwurf vor der Sommerpause beschließt und im Oktober der Verkehrsausschuss über die sogenannten Ausbaugesetze (in denen die geplanten Verkehrsprojekte einzeln aufgelistet sind) beraten wird. Die Bundesregierung plant, den Bundesverkehrswegeplan mit seinen Gesetzen noch in diesem Jahr fertig zu stellen. Nach all den Verzögerungen bin ich da aber sehr skeptisch.

Infrastrukturgesellschaft auf dem Weg

Vor etwa einem Jahr hat sich der Landesverband für einen radikalen Systemwechsel bei der Straßeninfrastrukturfinanzierung und für eine Infrastrukturgesellschaft für Bundesfernstraßen ausgesprochen. Inzwischen gibt es in Berlin eine breite Debatte darüber. Der Verkehrsausschuss hat zuletzt dazu eine Anhörung durchgeführt. Interessant war vor allem, dass alle Akteure eine Privatisierung ausschließen wollen. Ein Gesetzentwurf zur notwendigen Grundgesetzänderung soll regierungsintern vorliegen; an einem Gründungsgesetz für eine Autobahngesellschaft wird gearbeitet. Es wird von der Regierung angestrebt, noch im Herbst die Gesetze im Bundestag einzubringen und die Gründung in der laufenden Wahlperiode zu vollziehen. Die Umsetzung würde dann nach der Bundestagswahl erfolgen, so dass die Gesellschaft 2020 arbeitsfähig sein soll. Ich werde – gemäß unserem Parteitagebeschluss – den Prozess kritisch begleiten und darauf achten, dass es nicht zu einer Privatisierung durch die Hintertür kommt. Hier findet ihr einen aktuellen Diskussionsbeitrag von mir: <http://gruenlink.de/15fr>
Nachhaltige Logistik – Bundesregierung hat's verpennt

Bei den Zukunftsthemen kommt die Bundesregierung nicht voran. Das haben zwei Anfragen zum Themenbereich Logistik ergeben. Sowohl beim Klimaschutz als auch bei der Digitalisierung setzt sich die Bundesregierung keine Ziele und überlässt technologische Entwicklung anderen. Stattdessen steckt die Bundesregierung über eine Milliarde in LKW-Parkplätze. Vernünftige Rahmenbedingungen für eine nachhaltigere und besser vernetzte Logistik sehen anders aus. Weiteres findet ihr in einem Artikel in der Rheinischen Post:

<http://gruenlink.de/15fs>



Containerschiffe – kein Weiter-So!

Viele Beteiligte der Schifffahrtsbranche sind sich einig: Die Größenentwicklung bei Containerschiffen kann so nicht weitergehen. Nicht nur ökologisch machen die größeren Schiffe wenig Sinn, auch wirtschaftlich. Durch die langanhaltende Flaute in der Containerschifffahrt ist der Kostenvorteil der großen Schiffe für die Reeder stark geschrumpft. Auch in den Häfen übersteigt der Kostenaufwand den Nutzen der überdimensionierten Schiffe. Aktuell hat der Unfall des Containerriesen „CSCL Indian Ocean“ im Februar vor Hamburg die Gefahr aufgezeigt, die von immer schwieriger zu steuernden Schiffen ausgeht. Hier meine Pressemitteilung dazu: Pressemitteilung: <http://gruenlink.de/15ft>



Unzuverlässige Fähren am Nord-Ostsee-Kanal

Der Bund hat die Aufgabe, den Fährverkehr über den Nord-Ostsee-Kanal in Brunsbüttel sicherzustellen. Letzten Sommer verlief der Dienst unzuverlässig, es gab bei der großen Fähre rund 100 Ausfalltage. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung muss hier dringend nachbessern. Ein Konzept, das zukünftige Ausfälle besser abfedert, fehlt weiterhin. Ein Artikel dazu in der Norddeutschen Rundschau/SHZ: <http://gruenlink.de/15fu>

Soviel in aller Kürze. Für Fragen, Kritik und Anregungen stehe ich gerne zur Verfügung. Hier findet ihr meine [Reden](#), [Anträge](#), [Anfragen](#) und [Pressemitteilungen](#).

Viele Grüße

Valerie



Bericht aus dem Bundestag

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Flüchtlingspolitik hat im vergangenen Jahr die gesellschaftliche Debatte stark geprägt. Rund eine Million Schutzsuchende haben 2015 die Bundesrepublik erreicht. Viele von ihnen waren zum Transit in Deutschland auf dem Weg nach Dänemark oder Schweden. Diejenigen, die in Deutschland geblieben sind, mussten und müssen mit sehr langen Bearbeitungszeiten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rechnen. 700.000 Asylanträge sind laut *Pro Asyl* noch anhängig oder noch im Verfahren. Die grüne Bundestagsfraktion hat das Thema bereits im vergangenen Sommer zum Schwerpunkt erklärt und vielseitige Vorschläge, die auf eine Entbürokratisierung und somit einer Beschleunigung von Asylverfahren zielten, erarbeitet. Statt sich diesen Vorschlägen zu öffnen, hat sich die Bundesregierung einseitig auf eine Vielzahl von Verschärfungen im Asylrecht konzentriert. Von einem durch Aktionismus getriebenen Asylpaket zum anderen, welche die Rechte Schutzsuchender zunehmend aushöhlen, von Leistungskürzungen über Asylschnellverfahren bis hin zur Einschränkung des Familiennachzugs hat die Bundesregierung mit der Türkei einen Deal ausgehandelt, der Schutzsuchende davon abhalten soll Europa zu erreichen. Für jeden Geflüchteten, den die Türkei an der europäischen Grenze zurücknimmt, gibt es die Vereinbarung einen syrischen Geflüchteten nach Europa umzusiedeln. Die Bundestagsfraktion hat immer die Auffassung vertreten, dass die Türkei Teil einer europäischen Lösung ist. In den Jahren nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien hat die Türkei über 2 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Eine Zusammenarbeit mit der Türkei ist zwingend notwendig, schon allein im Interesse der Flüchtlinge selbst. Die Vereinbarungen mit der Türkei jedoch zielt in die völlig falsche Richtung. Statt die Vereinbarung und die damit einhergehenden Visaerleichterungen eng an menschenrechtliche Standards zu koppeln und die Türkei zur vollumfänglichen Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention zu bewegen, ernennen die europäischen Staats- und Regierungschefs die Türkei zum europäischen Türsteher und machen sich damit auf inakzeptable Weise erpressbar.

Mehr erfahren über meine Arbeit könnt Ihr auf meiner Website www.luise-amtsberg.de oder in meinem regelmäßigen Newsletter. Tragt Euch gern ein unter luise-amtsberg.de/newsletter

Luise

Um den Zugang zum Arbeitsmarkt nicht nur auf dem Papier zu erleichtern haben wir als grüne Bundestagsfraktion einen Antrag gestellt. Die Integration in die Gesellschaft gelingt am besten über Sprache und Beschäftigung. Qualifikationen und Fähigkeiten von Asylsuchenden von Anbeginn zu erfassen und auszubauen, sollte der Anspruch sein, anstatt Potenziale zu vergeuden und Integrationschancen abzubauen, wie die Bundesregierung es tut. Der Antrag ist hier zu finden: <http://gruenlink.de/15b6>

Bundestagsantrag
Asylsuchende bei
Arbeitssuche und
Ausbildung unter-
stützen

Die Gesamtschutzquote für das Herkunftsland Afghanistan lag im 2. Quartal 2015 bei 78 %. Deshalb ist es unverständlich, dass die Bundesregierung sich auf Schutzzonen innerhalb Afghanistans beruft und damit Abschiebungen legitimiert. Zynischerweise wurde nach der Einbringung des grünen Bundestagsantrag die Fortführung des RSM-Mandats in Afghanistan beschlossen. Hier könnt ihr den Antrag nachlesen: <http://gruenlink.de/15bc>

Bundestagsantrag
Schutz für Flücht-
linge aus Afghanis-
tan

Das Gesetz von CDU/CSU und SPD beinhaltet restriktive Maßnahmen, die dem Namen des Gesetzes nicht gerecht werden. Mit dem Sachleistungsprinzip schafft man ein bürokratisches Monster, das gleichzeitig diejenigen entwürdigt, die nach Deutschland fliehen und das schafft keine Erleichterung. Im Gegenteil. Den grünen Entschließungsantrag findet Ihr hier: <http://gruenlink.de/15b3>

Bundestagsantrag
gegen das
Asylpaket I

Das Asylpaket I wie auch das Asylpaket II bieten keine Antwort auf die Bewältigung bei der Aufnahme und Versorgung ankommender Geflüchteter. Die erhoffte Beschleunigung in der Bearbeitung des Antragsstau und der Asylverfahren ist nicht gelungen. Die grüne Bundestagsfraktion hat den Gesetzesentwurf der Bundesregierung abgelehnt und einen eigenen Entschließungsantrag eingebracht, denn er ist einseitig und gegen die Rechte von Schutzsuchenden. Hier könnt Ihr meine Bundestagsrede und unseren Antrag nachlesen: <http://gruenlink.de/15ap>

Bundestagsantrag
gegen das
Asylpaket II

Die Zahl unbegleiteter Minderjähriger, die vermisst gemeldet wurden und nicht wieder aufgetaucht sind, ist im Jahr 2015 dramatisch angestiegen (sowohl prozentual als auch in absoluten Zahlen). Die Bundesregierung hat wenig bis gar keine Kenntnisse über die tatsächliche Situation der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Hier findet ihr meine Kleine Anfrage und die Antwort der Bundesregierung: <http://gruenlink.de/157l>

Kleine Anfrage
zu verschwundenen
geflüchteten
Minderjährigen

Europäische Flüchtlingspolitik

Reise nach Lesbos

Im Dezember letzten Jahres bin ich zum ersten Mal nach Lesbos gereist, um mir ein Bild von der Situation vor Ort und von den so genannten „Hotspots“ zu machen. 2015 kam fast die Hälfte aller Schutzsuchenden über Lesbos in die EU. Deutlich wurde bei der Reise, dass die europäischen Organisationen insofern gestärkt werden müssen, um vor allem die Situation der Geflüchteten an den europäischen Grenzen zu verbessern. Einen Bericht zu meiner Reise nach Lesbos mit Bildern findet ihr hier: <http://gruenlink.de/15bg>

Positionspapier zu europäischer Flüchtlingspolitik

Im Nachgang zur Lesbosreise habe ich gemeinsam mit weiteren grünen Bundestagsabgeordneten ein Positionspapier zur europäischen Flüchtlingspolitik verfasst. Darin fordern wir eine gemeinsame menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik. Das Papier findet ihr hier: <http://gruenlink.de/12rp>

Reise nach Idomeni und Lesbos

Die wiederholte Reise nach Lesbos und Idomeni zeigt, dass die europäische Union nach wie vor weit entfernt von einer gemeinsamen menschenrechtsbasierten Lösung für Asylsuchende ist. Die Perspektivlosigkeit und die Wut der Menschen vor Ort ist der Unfähigkeit der Verantwortlichen geschuldet. Ein Interview zu meiner Reise findet ihr hier: <http://gruenlink.de/15et>

Eu/Türkei Deal

Der Deal, den Europa mit der Türkei abgeschlossen hat, ist in Anbetracht der Tatsache, dass die türkische Regierung noch immer nicht die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben hat ein Problem. Amnesty International hat bereits im vergangenen Jahr von Menschenrechtsverletzungen in der Türkei berichtet. Auch wird das Non-Refoulement-Gebot seitens der Türkei ignoriert, was zur Folge hat, dass scheinbar schon seit Anfang des Jahres Geflüchtete nach Syrien abgeschoben werden. Hier findet ihr den Link zu meiner Pressemitteilung: <http://gruenlink.de/15bd>

